

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Dominik Reisinger,
Genossinnen und Genossen
betreffend **dringend finanzielle Maßnahmen für gemeinwohlorientierte Organisationen**

Eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 und das Finanzausgleichsgesetz 2017 geändert wird (2647/A und 1590 d.B.).

In den vergangenen zwei Jahren hat die größte Gesundheitskrise unserer Zeit gravierende Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Österreich. Im heurigen, nunmehr dritten, Krisenjahr sind die finanziellen Konsequenzen durch die abrupten Preissteigerungen für die Budgets der Rettungs-, Gesundheits- und Sozialorganisationen dramatisch.

Die außerordentlichen Preissteigerungen der vergangenen Monate verschärfen die Situation für NGOs nicht nur bei den Treibstoffen, sondern in jedem Bereich. Im Juni 2022 liegt die Inflation bei 8,7%, das ist der höchste Wert seit 1975¹. Sogar die Sozialmärkte, die um 30% mehr Kund*innen haben, da zunehmend mehr Menschen durch die Inflation armutsgefährdet sind, kämpfen selbst mit immer höheren Kosten.

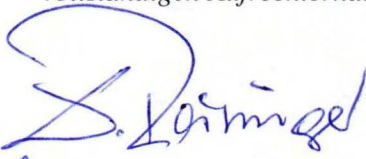
Die gemeinwohlorientierten NGOs sind für das örtliche Zusammenleben besonders wichtig. Wenn aber die laufenden Kosten für die Rettungsorganisationen oder mobile Pflege so stark ansteigen, dass auch Gemeinden diese zusätzlichen finanziellen Belastungen der Vereine nicht mehr abdecken können, dann sind z.B. die mobile Pflege und andere soziale Leistungen, wie Essen auf Rädern, oder das Rettungswesen selbst gefährdet. Es sind daher akut finanzielle Maßnahmen zur Teuerungskämpfung und Aufrechterhaltung des kommunalen Lebens erforderlich.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Finanzminister wird aufgefordert, dem Nationalrat sowie dem Bundesrat umgehend ein Gesetzespaket vorzulegen, mit welchem den Rettungs-, Gesundheits- und Sozialorganisationen die durch die dramatischen Preiserhöhungen gestiegenen Kosten nachhaltig zur vollständigen Aufrechterhalten ihrer gemeinwohlorientierten Leistungen abgegolten werden.“


(DOMINIK REISINGER)


(KRIEGL)

(HAHV)

¹ https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/06/20220701VPI_SchnellschaetzerJuni2022.pdf

